

Lösungen der BDP auf die finanz- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen

Der Standort Schweiz und sein Erfolgsmodell stehen vor schwierigen Herausforderungen. Die Schweizerische Nationalbank hat nach rund drei Jahren die Verteidigung der Euro-Untergrenze von 1.20 aufgegeben, und die Prognosen der Staatsfinanzen müssen aufgrund der wirtschaftlichen Aussichten nach unten korrigiert werden. Hinzu kommt eine grosse Unsicherheit in Bezug auf die Umsetzung der „Masseneinwanderungsinitiative“ und damit auf das bilaterale Verhältnis zu Europa. Die Gefahr wirtschaftlicher Isolation, aber auch Gedankenspielerien über den Sinn von Völkerrecht und Menschenrechten haben das weltweite Image der Schweiz geschwächt. Die Schweiz als einst stabiler und sicherer Investitionsstandort ist für viele unberechenbar geworden.

In diesem anspruchsvollen Umfeld sind Lösungen gefordert. Die BDP ist gewillt, ihren Beitrag zu konstruktiven, sinnvollen und spezifischen Lösungen zu leisten. Sie wird aber nicht Hand bieten, wenn es darum geht, Herausforderungen wie beispielsweise die Frankenstärke missbräuchlich und opportunistisch für politische Zwecke zu nutzen. Es geht nicht um politische Ziele einzelner Parteien, sondern um die Frage, wie den betroffenen Unternehmen und Branchen gezielt geholfen werden kann.

Frankenstärke – nicht beschönigen, nicht dramatisieren.

Nachdem die Schweizerische Nationalbank den Euro während rund drei Jahren bei der Marke von 1.20 verteidigt hat, wurde diese Untergrenze aufgegeben. Danach ist eingetroffen, was zuvor während diesen rund drei Jahren verzögert worden war: Der Euro-Kurs ist nochmals abgesackt, die Frankenstärke hat sich akzentuiert.

Kritik an der Schweizerischen Nationalbank ist hier fehl am Platz. Die BDP steht vollumfänglich hinter der Unabhängigkeit der Nationalbank. Es war von Beginn weg klar, dass die Euro-Untergrenze eine temporäre Massnahme war, dank derer vor allem Zeit gewonnen werden konnte. Strukturhaltung hingegen ist keine Aufgabe der Schweizerischen Nationalbank.

Die Frankenstärke ist als Phänomen nicht neu, sondern quasi ein Dauerbegleiter der Schweizer Wirtschaft. Schon vor der Interventionsphase der Nationalbank ist der Euro gegenüber dem Schweizer Franken in (zu) kurzer Zeit von rund 1.40 auf unter 1.10 gefallen. Und auch die Entwicklung des US-Dollars gegenüber dem Schweizer Franken hat in den letzten Jahrzehnten nur eine Richtung erlebt. Und trotz einer stets starken Währung gehört die Schweiz zu den weltweit erfolgreichsten Exportnationen.

Es gibt dabei nichts zu beschönigen, auch wenn die Herausforderungen per se nicht neu sind und auch wenn die Nationalbank mit ihren Interventionen die jüngsten Ereignisse drei Jahre lang hinausschieben konnte. Es gibt vor allem deshalb nichts zu beschönigen, weil gerade überraschende und starke Kursverwerfungen die betroffenen Unternehmen und Branchen vor extrem schwierige Aufgaben stellen und dies alles nicht schmerzlos über die Bühne gehen wird.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Export- und Tourismusbranche wird durch den starken Franken deutlich geschmälert, weil die Kosten am Standort Schweiz im Verhältnis zum Ausland steigen. Aufgrund der hohen volkswirtschaftlichen Bedeutung dieser Branchen drohen der Schweiz Wachstumseinbussen, Produktionsverlagerungen ins Ausland, höhere Arbeitslosenzahlen und verminderte Steuereinnahmen.

Staatliche Unterstützungsmassnahmen müssen deshalb rasch und spezifisch dort wirken, wo sie gebraucht werden. Die BDP sieht kurzfristig vor allem Potenzial in finanziellen und administrativen Erleichterungen:

- Temporäre Mehrwertsteuerbefreiung von Tourismus und Gastronomie:

Die von der Krise besonders stark betroffene Tourismus- und Gastronomiebranche müssen in Analogie zum Mechanismus der Kurzarbeit in der Exportindustrie die Möglichkeit erhalten, auf Gesuch hin befristet von der Mehrwertsteuer befreit zu werden. Dabei sind klare Kriterien zu definieren, die nicht dem Strukturerehalt dienen, sondern Innovationen fördern.

Ebenso wird sich die BDP weiterhin für einen Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer einsetzen, wie sie dies nach der Abstimmung zur „Gastroinitiative“ versprochen hat. Solange kein Einheitssatz eingeführt wird, soll zumindest ein „Gastro-Einheitssatz“ realisiert werden.

- Berücksichtigung von Wechselkurseffekten beim Beschaffungswesen:

Bei den heutigen Submissionsverfahren kommen klare Kriterien zur Anwendung. Dass dabei inländische Anbieter zunehmend von ausländischen Anbietern konkurrenziert werden, ist grundsätzlich richtig und bereichert den Wettbewerb. Um aber gleich lange Spiesse für alle Bieter zu haben, dürfen nicht Währungseffekte die Vergleichbarkeit der Angebote verfälschen. Es ist deshalb angebracht, für die Vergleichbarkeit der Angebote nicht den jeweiligen (volatilen) Wechselkurs des Devisenmarktes, sondern die effektive Kaufkraftparität anzuwenden.

- Mehr Mittel für Regionalpolitik:

Die Mittel für die neue Regionalpolitik (NRP) müssen erhöht werden. Die BDP wird den entsprechenden Vorschlag des Bundesrates für eine Erhöhung im Umfang von 200 Millionen Franken aus dem bestehenden Fonds, der noch erweitert werden dürfte, unterstützen. Insgesamt helfen diese Massnahmen, besonders innovative Tourismusprojekte zu finanzieren, die Koordination der Mittel und Akteure zu optimieren sowie die Zusammenarbeit zwischen Hotelbetrieben zu verbessern.

- KTI stärken:

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz charakterisiert sich insbesondere auch durch eine hohe Innovationsfähigkeit. Die KTI ist als Förderagentur für Innovationen unterstützt dies mit finanziellen Mitteln, professioneller Beratung und dem Angebot von Netzwerken. Die BDP ist gewillt, die KTI zugunsten einer starken und innovativen Wirtschaft weiterhin zu stärken und mit mehr Mitteln auszustatten.

- Zollabwicklung vereinfachen:
Hierzu müssen die vom Parlament bereits gutgeheissenen Anträge jetzt über ein Dringlichkeitsverfahren durchgesetzt werden. Namentlich betrifft dies Massnahmen zum elektronischen Zollverfahren, flexiblen Grenzübertritt und dem Übergang zum Wertzollsystem.
(http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143011;
http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143012;
http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143013;
http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143014;
http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20143015)

Es ist dabei festzustellen, dass Bundesrat und Parlament in anderen Zusammenhängen durchaus schon erfolgreich rasche Lösungen über das Dringlichkeitsverfahren herbeigeführt haben. Wenn nun ernsthaft auf die Frankenstärke reagiert werden will, dann muss es schnell gehen. Es braucht deshalb auch dazu dringliche Verfahren und Sofortmassnahmen. Mit unnötigen Zeitverlusten würden diese Massnahmen ihre Wirkung verfehlen.

Sorgfältige Finanzplanung

Die verschlechterten wirtschaftlichen Aussichten haben Auswirkungen auf den Staatshaushalt. Drohende Steuerausfälle, bzw. sinkende Steuereinnahmen erfordern nachhaltige Sparmassnahmen. Dabei ist der Hebel klar auf der Kostenseite anzusetzen und nicht bei Investitionen, welche im Sinne von antizyklischem Verhalten notwendiger sein werden denn je.

Die BDP fordert deshalb, dass das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP) in dem Ausmass, wie es vom Parlament in das Budget 2015 aufgenommen worden ist, auch in den Folgejahren umgesetzt wird. Zudem erwartet die BDP vom Bundesrat, dass er ergänzend eine strategische Aufgabenüberprüfung an die Hand nimmt, um zusätzliche wesentliche Entlastungen zu realisieren.

Unnötige Steuerausfälle bei der öffentlichen Hand erträgt es angesichts der Aussichten weniger denn je. Die BDP hat deshalb mit Zufriedenheit zur Kenntnis genommen, dass sowohl die „Familieninitiative“ wie auch die „Energie- statt Mehrwertsteuer“-Initiative vom Souverän in aller Deutlichkeit abgelehnt worden sind.

Rahmenbedingungen verbessern

Die BDP will das Erfolgsmodell Schweiz auf verschiedenen Ebenen verteidigen und weiterentwickeln. Für eine Verbesserung der Standortattraktivität für bestehende und neue Unternehmen braucht es wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen und politische Stabilität.

Die BDP hat deshalb schon früh Wege aufgezeigt, wie die aus der Annahme der „Masseneinwanderungsinitiative“ entstandene Unsicherheit verkürzt und insbesondere das Verhältnis zu Europa geklärt werden kann. Ebenso will die BDP den am 9. Februar 2014 geäusserten Volkswillen nach einer tieferen Zuwanderung über die konsequente Förderung

inländischer Arbeitskräfte umsetzen. Über diesen Weg kann nicht nur das bilaterale Vertragsverhältnis mit der Europäischen Union weitergeführt werden, sondern auch auf eine gigantische Bürokratie und die damit verbundenen Kosten verzichtet werden.

Neue oder höhere Belastungen für Unternehmen und Privathaushalte sind zu verhindern. Die BDP wird deshalb beispielsweise die „Erbrechtssteuerinitiative“ und die Initiative „Pro Service Public“ ablehnen und vehement bekämpfen.

Steigende Bürokratie ist eine Realität, welche den Unternehmen das Leben zunehmend schwer macht. Die Ursachen hingegen sind vielfältig und teilweise schwer zu erörtern. Die BDP sieht diese nur teilweise im gesetzgeberischen Umfeld des Parlaments. Oftmals werden anschliessend auf der Verordnungsstufe und auch im Interpretationsspielraum der Umsetzung auf Verwaltungsebene übertriebene und unverständliche Hürden eingebaut.

Die BDP fordert deshalb per Motion, den Bundesrat damit zu beauftragen, innerhalb von zwei Jahren den administrativen Aufwand massiv zu reduzieren. Dazu sollen in einem geordneten und systematischen Prozess sämtliche Bundesverordnungen bezüglich ihres Umfangs und ihrer Komplexität überprüft und massiv vereinfacht werden. Als Zielgrösse gelten eine Reduktion der Anzahl Verordnungen um ein Drittel sowie des Umfangs um mindestens die Hälfte. Weisungen, Wegleitungen und Richtlinien sollen im Grundsatz ganz abgeschafft und nur noch in begründeten Ausnahmefällen angewendet werden.

Die BDP engagiert sich zudem für die Einführung eines Vetorechts bei bundesrätlichen Verordnungen. Das Parlament muss die Gewissheit haben, dass auch auf Verordnungsstufe das vollzogen wird, was auf Gesetzesstufe „bestellt“ worden ist.

Ebenso stellt die BDP mit Sorge fest, dass das Stellenwachstum bei der Verwaltung im Vergleich zur Wirtschaft überdurchschnittlich hoch ist. Ein effektives Stellenwachstum hat in der Schweiz in den letzten Jahren ausschliesslich im Gesundheitswesen und in der Verwaltung stattgefunden. Alle anderen Sektoren weisen eine rückläufige Entwicklung auf. Das bedeutet faktisch, dass die Schweiz „in sich selber“ investiert.

Die Schweiz muss kurze Wege und schlanke Prozesse – auch in der Verwaltung – zu ihren Stärken zählen können und damit den Unternehmen unbürokratische Rahmenbedingungen bieten. Die Anreize zu Effektivitätssteigerungen in der Verwaltung sind aus dieser Perspektive gesehen zu klein. Es drängt sich deshalb die Frage auf, ob nicht tiefere personelle Ressourcen zu Prozessoptimierungen führen würden. Die BDP behält sich vor, hier zu gegebener Zeit mit konkreten Vorstössen und Anträgen vorstellig zu werden.

Strategische Projekte vorantreiben

Wer jetzt langfristig ausgerichtete und strategisch wichtige Projekte zu verhindern versucht, um angeblich kurzfristig die Frankenstärke zu bekämpfen, der hat sich nicht nur auf der Zeitachse verirrt, sondern versucht opportunistisch, unliebsame politische Dossiers zu torpedieren. Die BDP wird genau das Gegenteil tun und sich für strategisch wichtige Projekte einsetzen. Diese sind nötiger denn je, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz wieder zu stärken.

So ist der Innovationsschub aus der Energiewende nutzen. Die BDP setzt sich für eine konsequente und wirtschaftsfreundliche Umsetzung der Energiewende ein und wird auch in Zukunft für einen geordneten Atomausstieg sowie für die Förderung erneuerbarer Ressourcen und technologischer Innovationen kämpfen. Sie ist überzeugt, dass die konsequente Umsetzung der Energiestrategie 2050 das beste Konjunkturprogramm für den Binnenmarkt ist. Der durch die Energiewende ausgelöste Innovationsschub eröffnet neue wirtschaftliche Chancen. Schweizer Unternehmen bieten sich aufgrund des Bedarfs an smarten Technologien und Qualitätsprodukten im Energiebereich neue Absatzmöglichkeiten. Der Weg vom Fördersystem hin zu einem Lenkungssystem soll bis 2020 vollzogen werden, um die energiepolitischen Rahmenbedingungen konsequent auf eine liberale und marktwirtschaftliche Basis zu stellen. Dieses Energielenkungssystem muss haushaltsneutral und möglichst fiskalquotenneutral umgesetzt werden sowie Abfederungsmassnahmen für energieintensive Betriebe vorsehen.

Ebenso muss die Unternehmenssteuerreform III zügig angegangen und umgesetzt werden. Sie erhöht die Wettbewerbsfähigkeit ebenso wie die Planungssicherheit. Gleiches gilt für weitere Projekte, die zu gleich langen Spiessen führen. Verschiedene Reformen im Finanzplatz beispielsweise sind nicht einfach nur Regulierungen, sondern eine Investition in die Wettbewerbsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der Schweiz. Sie müssen als Chance betrachtet werden. An der Anerkennung und der Umsetzung globaler Standards führt kein Weg vorbei. Sinnvoll hingegen ist es, dabei auf unnötige ‚swiss finishes‘ zu verzichten und die Umsetzung im Gleichschritt mit den wichtigsten Mitbewerbern zu planen.